

# MIT UNS. FÜR EUCH. VOR ORT.



facebook.com/verdi

@\_verdi #wirfuereuch #fuereuchvorort

wirsindverdi

ver.di

## KOMMUNEN NICHT AUF CORONA-KOSTEN SITZENLASSEN: EIN RETTUNGSSCHIRM MUSS HER!

**Kommunale Leistungen kürzen? Nicht mit uns: Zukunft ausbauen statt kaputtmachen!**

**Die Corona-Krise hat die Kommunen in eine finanzielle Schieflage gebracht: Die Einnahmen aus Steuern und Gebühren gehen deutlich zurück, insbesondere die Gewerbesteuer bricht ein. Die Steuerschätzung im Mai 2021 hat ergeben, dass die Gemeinden bundesweit bis 2024 mit Mindereinnahmen von über 42 Milliarden Euro rechnen müssen. Zugleich steigen die Ausgaben deutlich an. Das Krisenbewältigungspaket der Bundesregierung hat die Kommunen 2020 entlastet. Für 2021 und die kommenden Jahre muss das fortgesetzt werden!**

### DROHEN JETZT SCHLECHTERE KOMMUNALE LEISTUNGEN?

Verbesserungen auf der Einnahmeseite können die Kommunen nur in geringem Umfang selbst erzielen – durch Erhöhungen bei Gewerbe- und Grundsteuer und über Gebühren. Fehlen Finanzmittel, reduzieren sie deshalb ihre Ausgaben: Sie streichen Angebote etwa in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales. Die Städte und Gemeinden bauen Personal ab. Und sie investieren weniger in den Nahverkehr oder öffentliche Gebäude, wie zum Beispiel Schulen. Der Wertverzehr der öffentlichen Infrastruktur geht weiter und zulasten der jüngeren Generationen. Das darf so nicht weitergehen!

Die Kosten der Pandemie und die Einnahmeausfälle dürfen nicht zulasten der Lebensqualität und der Teilhabe der Menschen vor Ort gehen. Unter schlechteren kommunalen Infrastrukturen und Dienstleistungen haben wir letztlich alle zu leiden.

Bund und Länder müssen daher die drohende kommunale Finanzmisere abwenden:

mit einem kommunalen Rettungsschirm.

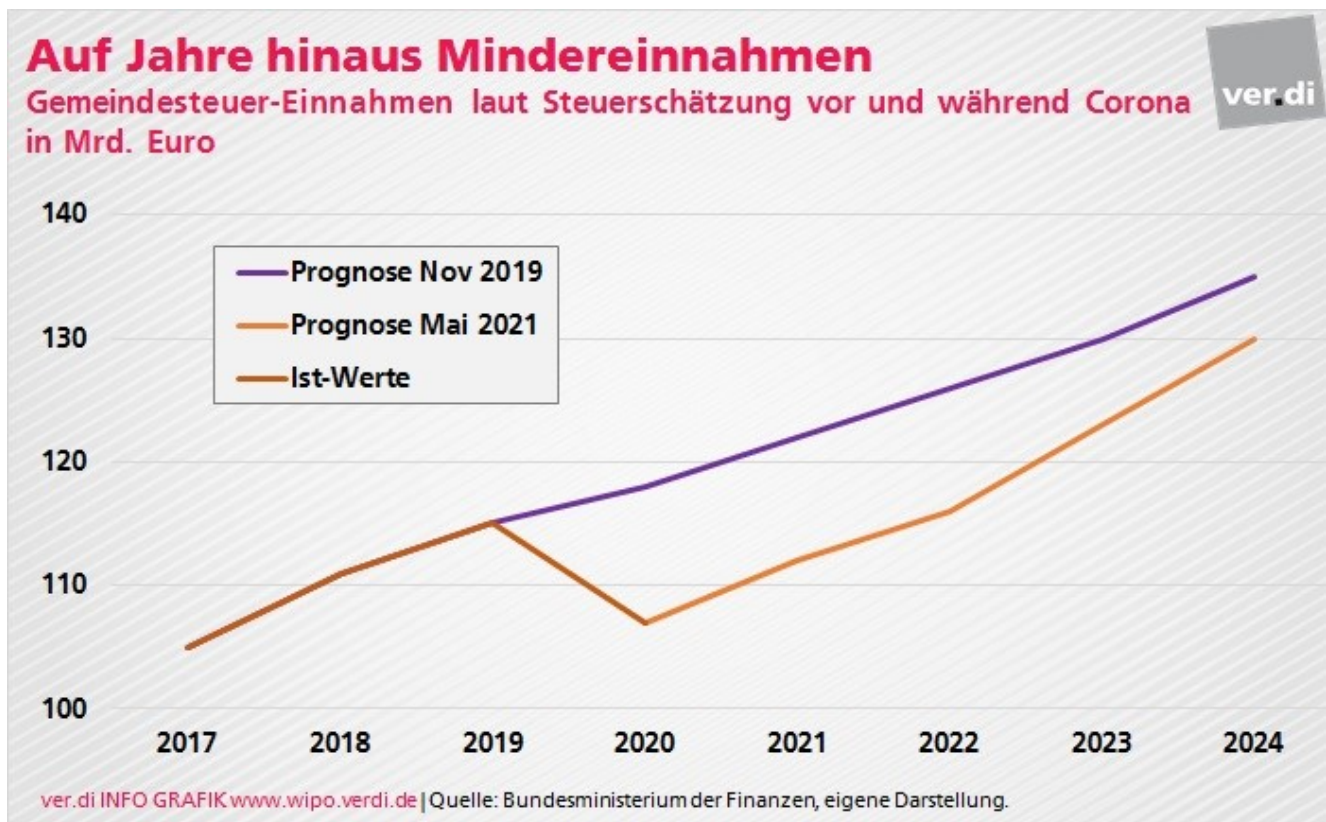
Denn anders als die Kommunen haben sie ausreichende eigene Möglichkeiten, die Einnahmen der öffentlichen Kassen zu erhöhen oder Kredite aufzunehmen.



## STÄDTE, LANDKREISE UND GEMEINDEN AUSREICHEND FINANZIEREN – AUCH IN ZEITEN DER KRISE!

### ver.di fordert:

- Bund und Länder müssen die coronabedingten Einnahmeausfälle und Mehrausgaben der Kommunen vollständig übernehmen. Wie im Jahr 2020 müssen mindestens die Einnahmeausfälle aus der Gewerbesteuer ausgeglichen werden.
- Sozialausgaben, die in Bundesgesetzen geregelt sind, müssen vom Bund bezahlt werden.
- Der kommunale Anteil an der Einkommenssteuer und an anderen Gemeinschaftssteuern muss erhöht werden.
- Die Gewerbesteuer muss durch die Einbeziehung aller Selbständigen und durch die Hinzurechnung von Mieten, Pachten und Leasingraten zu einer Gemeinde-wirtschaftssteuer ausgebaut werden.
- Die Handlungsfähigkeit überschuldeter Kommunen muss wiederhergestellt werden: Bund und Länder müssen für sie eine funktionierende und effektive Altschuldenregelung finden.
- Kommunale Förderprogramme von Bund und Ländern – zum Beispiel für die Bewältigung des Klimawandels und für die Digitalisierung – müssen so ausgestaltet sein, dass sie für Kommunen einfach zugänglich sind.



# NOCH NICHT BEI VER.DI DABEI?

Eintreten geht auch online: [www.mitgliedwerden.verdi.de](http://www.mitgliedwerden.verdi.de)

